



Stoppt den Waffenhandel!

Presseerklärung vom 28. Januar 2014 von Initiativen des Europäischen Netzwerks gegen Waffenhandel, ENAAT, European Network Against Arms Trade

EU-Waffenexporte in den Nahen Osten nach dem Arabischen Frühling auf Rekordhöhe

Die Veröffentlichung des 15. EU-Rüstungsexportberichtes zeigt, dass die Rüstungsexportgenehmigungen der EU-Staaten 2012 einen Gesamtwert von 39,4 Milliarden Euro erreicht haben. Darin erzielten die Genehmigungen für Rüstungsexporte in den Nahen Osten mit 9,7 Mrd. Euro und einem Anstieg von 22 Prozent gegenüber 2011 einen Rekordwert.

Saudi-Arabien – der größte Empfänger der EU-Rüstungsexporte – erhielt Rüstungsexportgenehmigungen im Wert von mehr als 3,5 Mrd. Euro. Mit fast 1,6 Mrd. Euro war Frankreich der größte Waffenlieferant für Saudi-Arabien.

Die Rüstungsexportgenehmigungen, die trotz des Arabischen Frühlings gesteigert wurden und bei vielen Waffenarten Rekordwerte erreichten, belegen, dass es in der Rüstungsexportpolitik nur marginale Änderungen gab.

Mit 265 Millionen Euro erreichten die Exportgenehmigungen für Kleinwaffen 2012 einen Rekordwert. Die Genehmigungswerte von Feuerleiteinrichtungen und von Munition nach Nahost beliefen sich auf 1,2 Mrd. Euro beziehungsweise 448 Millionen Euro und waren damit ebenfalls auf Rekordniveau.

Insgesamt wurden 4705 Rüstungsexportgenehmigungen für Nahost erteilt und nur 100 abgelehnt.

Andrew Smith von der britischen Campaign against Arms Trade erklärte:

„Der Arabische Frühling hätte für die EU-Länder eine Chance sein können, um ihre Waffengeschäfte in den Nahen Osten zu überdenken, aber bedauerlicherweise belegt der Bericht, dass die Waffenexporte an autoritäre und repressive Regime in der Region beträchtlich gestiegen sind.“

Obwohl es zwischen Israel und dem Gaza-Streifen im März und Oktober bewaffnete Auseinandersetzungen gab, stiegen die Rüstungsexportgenehmigungen der EU-Länder an Israel von 157 Millionen Euro auf 613 Millionen Euro, d. h. um 390 Prozent. Mit 472 Millionen Euro entfällt ein Großteil des gestiegenen Wertes auf die Lieferung der italienischen Alenia Aermacchi M-346 (ein militärisches Trainingsflugzeug) an Israel. Im Gegenzug hat sich Italien zum Kauf von militärischer Ausrüstung in gleicher Höhe verpflichtet.

An Libyen wurden im Gefolge der Militärintervention von 2011 die Rüstungsexportgenehmigungen fortgesetzt und beliefen sich auf 22 Millionen Euro; der Genehmigungswert nach Ägypten stieg um mehr als 20 Prozent auf 363 Millionen Euro.

Giorgio Beretta vom Italienischen Abrüstungsnetzwerk erklärte dazu:

„Der mit einer großen Verzögerung und ohne Ankündigung durch den Europäischen Rat veröffentlichte Bericht birgt verschiedene Probleme. Für einige Länder gibt es keine Daten über Rüstungsexporte wozu große Exporteure wie Deutschland und Großbritannien gehören. Außerdem haben mit Frankreich und Italien zwei Hauptexporteure keine Zahlen über bestimmte Militärgüter ihrer Verkäufe gemacht, sodass es nicht möglich ist nachzuvollziehen, welche Arten von Waffensystemen sie exportiert haben. Dieser Mangel an Transparenz sollte nicht weiter toleriert werden.“

Die Zahlen enthalten nur solche Genehmigungen, von denen die Gesamtwerte bekannt sind, d. h. sie enthalten nicht alle Genehmigungsarten, sodass die veröffentlichten Werte als Mindestwerte zu verstehen sind. Die folgenden Staaten sind nach dem EU-Bericht die Hauptexportländer.

Frankreich	13,7 Mrd. Euro
Spanien	7,7 Mrd. Euro
Deutschland	4,7 Mrd. Euro
Italien	4,1 Mrd. Euro
Großbritannien	2,6 Mrd. Euro

Auf diese fünf Länder entfallen mehr als 80 Prozent aller EU-Rüstungsexporte. Die Veröffentlichung des Berichts hat 13 Monate gedauert; Rüstungsexportkritiker fordern deshalb, dass künftige Berichte in einem halben Jahr veröffentlicht werden müssen. Die im Bericht genannten Werte für die Welt insgesamt stimmen nicht mit der Summe der Werte der Mitgliedsstaaten überein.

2

Wendela de Vries von der niederländischen Kampagne gegen Waffenhandel dazu:

„Dieses Jahr sind die Wahlen zum Europäischen Parlament und wir sollten die Abgeordneten dazu drängen, dass sie sich in Übereinstimmung mit Frieden, Sicherheit und Menschenrechten dafür einsetzen, dass der Bericht im Europäischen Parlament diskutiert wird. Sie dürfen die zunehmenden Rüstungsexporte nicht kommentarlos hinnehmen.“

Weitere bemerkenswerte Zahlen

Die Werte der Rüstungsexportgenehmigungen der EU-Länder beliefen sich 2012 auf 39 Mrd. Euro und stiegen damit um 5 Prozent gegenüber 2011.

Oman mit 2,2 Mrd. Euro und die Vereinigten Arabischen Emirate mit 1,5 Mrd. Euro waren weitere Hauptempfängerländer.

Von den 51 Ländern mit autoritären Regierungen, die der Demokratie-Index des „Economist Intelligence Unit“ als solche auflistet, wurden 2012 Rüstungsexporte für 43 Länder genehmigt.

Es wurden weiterhin Waffen in Konfliktregionen exportiert wie etwa an Indien (1,7 Mrd. Euro) und Pakistan (377 Mrd. Euro). Nach China wurden Waffen für 174 Millionen Euro geliefert.

Der Wert der Rüstungsexporte erreichte bei Kampfflugzeugen mit 18 Mrd. Euro einen Rekordwert wobei Spanien der Hauptexporteur und Brasilien der größte Empfänger außerhalb der EU war.

Alle EU-Ländern erteilten 2012 insgesamt 47.868 Genehmigungen für Rüstungsexporte und nur 459 wurden abgelehnt. Der Bericht nennt 27 Ablehnungen für Bahrain, 25 für Russland und 24 für China und Ägypten.

Belgien, Dänemark, Deutschland, Polen, Griechenland, Irland und Großbritannien geben keine Werte für Lieferungen bekannt, die im Anschluss an den Genehmigungen erfolgen, während Frankreich und Italien nur Gesamtwerte und keine aufgeschlüsselten Werte veröffentlicht haben.

Der EU-Bericht erwähnt Exportgenehmigungen für einige Länder für die ein EU-Waffenembargo besteht: Afghanistan, Birma, China, Eritrea, Elfenbeinküste, Guinea, Irak, Kongo (Demokratische Republik), Libanon, Liberia, Libyen, Somalia, Südsudan, Syrien, Weißrussland und Zimbabwe. Eine kleine Fußnote erläutert, dass „Exporte in EU-Waffenembargo-Länder gemäß den Definitionen, Bedingungen und besonderen Ausnahmen die Embargobestimmungen betreffend erfolgen“ (Seite 8 des Berichts). So wird erwähnt, dass von Deutschland geländegängige Fahrzeuge im Wert von 7 Millionen Euro für Büros der UNO und EU-Delegationen nach Syrien geliefert hat.

Zahlen über die Rüstungsexportgenehmigungen können in einer Datenbank nachgesehen werden, die auf der Internetseite des Europäischen Netzwerkes gegen Waffenhandel (ENAA, European Network Against Arms Trade) angeboten wird.

<http://www.enaat.org/export/licence.de.html>

3

Unterzeichner

- Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! (Germany) – Christine Hoffman
- Campaign Against Arms Trade (Großbritannien) – Andrew Smith
- Campagne Tegen Wapenhandel (Niederlande) – Wendela de Vries
- Centre d'Estudis per la Pau JM Delàs (Spanien) – Jordi Calvo
- Rete Italiana per il Disarmo (Italien) - Francesco Vignarca
- Swedish Peace and Arbitration Society SPAS (Schweden) - Linda Åkerström
- Vredesactie (Belgien) – Tom Cox